

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846

206 (30.8.1846)

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3. fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4. fl. 48. kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 206—209.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1846. [30. August.]

Herausgegeben von dem Abgeordneten Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Dreihundfünfzigste öffentliche Sitzung der II. Kammer.

(Motion des Abg. Hecker über die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit und Discussion darüber.)

(Schluß.)

Blankenhorn-Kraft. Da ich Ihnen heute einige Petitionen übergeben habe und dieselben von gleichem Inhalte und sehr kurz sind, so wird mir die hohe Kammer wohl gestatten, eine derselben zu verlesen. Sie lautet: „Noch ist die Wunde nicht vernarbt, welche Deutschland durch die Losreißung von Elsaß und Luxemburg geschlagen worden ist und schon droht dem Vaterlande neue Gefahr. Schleswig-Holstein und Lauenburg sollen dem Königreich Dänemark einverleibt werden! Wer nicht mit geschlossenen Augen die Begebenheiten der Zeit an sich vorübergehen läßt, konnte längst einen Streich gegen die Selbständigkeit dieser Staaten voraussehen, der offene Brief legt ihn nun klar zu Tage. Jetzt thut es noth, daß Jeder, in dessen Ader noch deutsches Blut fließt, sich gegen die Zerstückelung Deutschlands ausspreche, und zum Schutze seiner gedrückten Mitbrüder handle; jetzt hat der hohe deutsche Bund, der Ring des nationalen Bandes, Gelegenheit, seine schönste und oberste Aufgabe: die Erhaltung der Integrität Deutschlands thatsächlich zu lösen — und jetzt treten wir mit der Versicherung, fest wie unsere Berge im Falle der Noth auf den im Wege der Ordnung und des Gesetzes an uns ergangenen Aufruf für unsere deutschen Mitbrüder aufzustehen, vor unsere verehrten Volksvertreter, als vor Männer, die überall, wo es sich um Recht und Freiheit, um das Wohl Deutschlands und seines Volkes handelt, in vorderster Reihe kämpfen, mit der Bitte hin: die hohe badische Regierung zu veranlassen, beim hohen deutschen Bunde dahin zu wirken, mit allen Mitteln die Integrität Deutschlands zu wahren und die Vereinigung Schleswig-Holsteins und Lauenburgs mit der Krone Dänemark nie und nimmermehr zu gestatten.“

Jung h a n n s I. Das Ereigniß, welches ganz Deutschland beschäftigt, gibt — was jeder Deutsche, dem es um

Erhaltung des Rechts und der Ordnung zu thun ist, wünschen muß — dem deutschen Bunde Gelegenheit, seine Macht zu entfalten. Einen ähnlichen Anlaß hat der Bund vor Jahren gehabt, als ein deutsches Volk um sein Recht zu ihm flehte. Er hat jenen Anlaß nicht benützt, und die Meinung Deutschlands von seiner Macht, von seinem Willen, ist damals tief erschüttert worden. Ein neuer Anlaß bietet sich ihm nun, ein größerer als damals, denn jetzt handelt es sich darum, ganze Länder von dem Gebiet des deutschen Bundes zu trennen, und nicht Oestreich und Preußen, nicht Baiern und Sachsen, der ganze deutsche Bund muß nun seine Macht entfalten. Er mag einschreiten, um das Land zu erhalten, was ihm gebührt; die Frage ist nur, ob jetzt schon die Zeit zu einem solchen Einschreiten gekommen ist? Noch ist die dänische Erbfolge nicht eingeführt, noch der Mannestamm nicht erloschen, noch sind die Herzogthümer durch keine That mit dem Königreich Dänemark verbunden; allein die Erklärung, die der König abgab, drückt die bestimmte Absicht aus, den deutschen Fürsten ihr Erbfolgerecht in Schleswig, Holstein und Lauenburg zu nehmen, die Absicht, die Nationalität in Holstein und Lauenburg zu unterdrücken, die Absicht, die Selbständigkeit dieser Herzogthümer aufzuheben, und sie mit Dänemark zu vereinigen, die fernere Absicht, das Herzogthum Holstein einer ewigen Verbindung mit Schleswig zu entziehen. Dieser Absicht, diesem Worte setze der Bund sein Wort, der Erklärung seine Erklärung entgegen; er warte nicht ab, bis das Bedrohende geschehen ist, er warte nicht ab, bis eine vollendete Thatsache vorhanden ist. Die Erfahrungen in der neuern Zeit haben es gelehrt, wie gefährlich es ist, vollendete Thatsachen abzuwarten, wie selbst die Großmächte zurückbeben, dasjenige zu ändern, was einmal hinter uns liegt.

Man hat in dänischen Blättern gelesen, die ganze Bewegung, die uns jetzt ergreift, sei ein Werk der Anwälte. Es ist wahr, die Herzogthümer Holstein, Schleswig und Lauenburg haben viele Anwälte in Deutschland, aber nicht nur die Rechtsgelehrten, nicht nur die Priester, nicht nur die Staatsdiener und nicht nur die Bürger, ihre Anwälte

haben sie in jeder deutschen Brust (Beifall). Ich unter-
 stütze daher die Adresse um so mehr, als sie uns Gelegen-
 heit gibt, auch die Stimme der ersten Kammer darüber zu
 vernehmen, und ich bin fest überzeugt, daß jene Kammer
 einstimmig wie dieses Haus dem Antrage zustimmen wird.
 Staatsrath Jolly. Erlauben Sie mir, meine Herren,
 im Namen des Herrn Ministers der auswärtigen Angele-
 genheiten, der zunächst berufen wäre, hierüber sich zu erklären,
 einige Worte zu sprechen, da er wegen Unpäßlichkeit ver-
 hindert ist. Die Regierung, meine Herren, ehrt und theilt
 die Gefühle, welche die Motion ausgesprochen hat; sie ist
 der Meinung, daß allerdings hier eine Frage von hoher
 Wichtigkeit vorliegt. Zunächst handelt es sich freilich nur
 um eine Successionsfrage, um eine Frage, die für den
 Augenblick ohne practischen Erfolg zu sein scheint. In-
 zwischen wird in öffentlichen Verhältnissen auch aus dem
 bloßen Schweigen leicht eine Folgerung gezogen, der man
 bei Zeiten mit Widerspruch begegnen soll und muß. Es
 sollen die Successionsrechte zunächst des dänischen Re-
 gentenhauses eine Auslegung erhalten, der man von an-
 derer Seite widerspricht. Man darf erwarten, daß Dieje-
 nigen, die von der anderen Seite theilhaftig sind, dagegen
 Widerspruch erheben werden, daß sie die Bundesversammlung
 besonders angehen werden, ihren Ansprüchen förderlich zu
 sein. Die Regierung, meine Herren, wird nicht bloß
 wegen dieser Interessen der nächst Theilhaftigen, sondern
 auch im Interesse des deutschen Bundes, der Integrität von
 Deutschland, aller Gebiete, die dazu gehören — Sie dürfen
 das als gewiß annehmen — ihre Kräfte aufbieten, um dem-
 jenigen den Sieg zu verschaffen, was sie als recht und
 wahr erkennt. Es wäre unter den Umständen, wie sie
 jetzt liegen, wohl etwa das Bessere gewesen, hätten alle
 Theilhaftigen sich zu verständigen gesucht, und unter diesen
 Theilhaftigen sehe ich vor allen Dingen den deutschen Bund,
 also auch jedes einzelne Mitglied desselben. Es ist ein
 anderer Weg eingeschlagen worden, der allerdings dazu
 geeignet war, die Gemüther nicht bloß der unmittelbar
 Interessirten in Bewegung zu setzen; ich kann aber nur
 wünschen, daß man sich darauf beschränke, das Unrecht
 was man glaubt, das hier begangen sei, möglichst in's
 Licht zu setzen, und dabei den deutschen Regierungen zu
 vertrauen, daß sie der Ansicht werden Recht zu verschaffen
 wissen, die als die richtige sich ergeben wird. Es ist, und
 ich muß dies lebhaft bedauern, von dem Hrn. Antragsteller
 am Schlusse seiner Motion, die ich in aller andern Weise
 mäßig gehalten und wohlbegründet erkenne, hingedeutet
 auf die Möglichkeit, auf die Nothwendigkeit der Gewalt.
 Meine Herren, wenn es auch dazu kommen sollte, so fehlt

es dem deutschen Bunde nicht an gesetzlichen Mitteln, um
 einzuschreiten und sein Recht zu sichern; das halte ich aber
 gar nicht für gut, wenn man bei einer Sache, die man
 selbst für wohlbegründet hält, darauf hinweist, es werde
 hier Gewalt nothwendig sein. Was denkt man sich dabei?
 Man glaubt, die wirklichen oder vermeintlichen Gegner
 würden dadurch in Schrecken gerathen, sie würden sich um
 so eher bereit finden, demjenigen zu entsprechen, was man
 von ihnen verlangt. Ich glaube nicht, daß dieser Erwar-
 tung irgend würde genügt werden; auch auf der andern
 Seite sehen Männer, man muß das keinen Augenblick
 verkennen, auch sie haben ihre Ueberzeugung, wenn sie
 auch am Ende die irrige sein möchte. Ich frage nun, ist
 es das Mittel, sie auf eine andere Seite hinzulenken, daß
 man Drohungen, sei es auch nur indirect, laut werden
 läßt? Ich bin lebhaft davon überzeugt, daß das nicht der
 Fall ist, ich glaube nicht, daß man dadurch zu dem Zwecke
 gelangt, den man wünscht; ich weiß übrigens mit der Leb-
 haftigkeit des Gefühls zu entschuldigen, was ich an und
 für sich nicht zu rechtfertigen vermag. Ich schliesse, meine
 Herren, mit der Versicherung, daß die Regierung Alles,
 was in ihren Kräften steht, gerne und freudig thun wird,
 um auf eine ordnungs- und gesetzmäßige Lösung dieser
 Frage hinzuwirken. Vertrauen Sie der Regierung und Sie
 werden sich nicht getäuscht finden.

Welcher. Ich freue mich wirklich, meine Herren, das
 bei dieser wichtigen Veranlassung nicht bloß in diesem
 Hause, sondern auch außer diesem Hause, nicht bloß bei
 unsern badischen Mitbürgern, sondern in ganz Deutschland,
 in den Ständeversammlungen von Hannover, Braunschweig,
 Baiern und in den öffentlichen Organen, so weit die
 Schranke der Censur es gestattet, die Wärme des Gefühls
 für die Nationalehre und Einheit sich so deutlich und ver-
 nehmlich ausgesprochen hat; ich freue mich, daß eine Zeit
 vorübergegangen zu sein scheint, wie diese war, wo man
 ohne Widerspruch und Widerstand das Elsaß und andere
 deutschen Provinzen rechts und links, im Osten und Westen
 von Deutschland abriß. Man hat die Frage aufgeworfen,
 ob die Zeit gekommen sei, diesem Nationalgefühl, dem be-
 leidigten Rechtsgefühl durch öffentliche Schritte, auch von
 Seite der Regierungen einen Ausdruck zu geben und wirklich
 schon Maßregeln zu ergreifen; man hat aber auch diese
 Frage mit Ja beantwortet und mit vollem Recht. Mehr
 als ein Krieg kräftiger Völker und Fürsten ist entstanden
 bloß dadurch, daß ein anderer Fürst einen alten Titel fort-
 führte oder als Präension eines künftigen Erbthums er-
 neuerte. Wenn nun durch den offenen Königsbrief dem
 klaren Recht der deutschen Nation und der Regierungen

widersprochen ist, so ist das eine Verletzung der Ehre, die nicht jahre- und jahrzehntelang wartet, bis sie sich Recht verschafft, es ist ein Beginnen, das jede verständige Politik zu Gegenmitteln auffordert. Sie wissen, daß zwischen auswärtigen Regierungen, zwischen Frankreich, Rußland und England verhandelt wurde; kann da Deutschland müßig zusehen, bis das Unglück uns über den Kopf kommt? Ich bin überzeugt, daß die Deutschen durch ihre legitimen Organe das Nöthige thun werden, um die verletzte und gekränkte Nationallehre, um das bedrohte Nationalrecht kräftig und energisch zu vertheidigen.

Ich will, um die Verletzung des Rechts nachzuweisen, mich auf die Ausführung des Herrn Motionsstellers beziehen, und nur zwei Momente, die mir die entscheidenden scheinen, kurz resumiren. Es gilt hier eine Aenderung der bestehenden Erbrechte in Schleswig-Holstein und Lauenburg, als eine Aenderung der Erbrechte wurde der erste Antrag in der Rothschilder Ständeversammlung betrachtet. Eine willkürliche, einseitige Aenderung des Erbrechts heißt aber die Bürger, heißt das Land zum Gegenstand der Willkür, der Privatdisposition, zur Sache erniedrigen. Die drei Herzogthümer haben nun zufällig nach vor den Augen der deutschen Nation liegenden Urkunden das allgemeine deutsche Recht, welches uns von Tacitus an bis auf die späteren Zeiten urkundlich Zustand, das Recht, den Fürsten zu wählen, durch das späte Mittelalter hindurch gerettet. Begründet auf das Wahlrecht, wurde dann später das Erbrecht in den drei Herzogthümern, aber nur das Erbrecht des Mannstammes und nicht das Erbrecht des weiblichen Stammes, auf das dänische Königshaus übertragen. Meine Herren, abgesehen davon, daß es ein Factum ist, was durch keine Rechtsgründe gerechtfertigt werden kann, daß man einseitig ohne Vereinbarung mit dem Volk ein Erbverhältniß abänderte, abgesehen davon, ist es für Deutschland höchst wichtig, daß die Mannstammfolge erhalten werde. Wir leiden in Deutschland an Zersplitterung, an Theilung; wenn man an der Erbfolge des Mannstammes festhält, so erhält man wenigstens eine größere Einheit der Länder und wendet eine größere Zersplitterung ab. Die Herzogthümer haben — die Urkunden liegen vor — wie jetzt Schweden seine erbliche Dynastie gewählt hat nur dem Mannstamm das Recht gegeben, zu succediren, und wenn dieser ausstirbt, erwacht das alte Wahlrecht wieder. Kein Mensch wird zweifeln, daß das Wahlrecht in Schweden wieder erwacht, wenn die Dynastie Bernadotte erloschen ist. Mit diesem Erbrecht hängt aber auch gerade in diesem Fall die Vereinigung dieser Länder mit Deutschland zusammen, denn es ist ja die Rede von der Möglichkeit eines Aussterbens des

Mannstammes in Dänemark, und von einer gewaltfam mit Unterdrückung sogar der Vorstellung durchzuführenden Vereinigung dieser Länder mit Dänemark, während sie nach dem Aussterben des Mannstammes mit Dänemark verbunden bleiben. Ich will nur im Vorübergehen bemerken, daß auch noch andere deutsche Fürstenhäuser dabei bethelligt sind; nach dem oldenburgischen hat das sächsische Fürstenhaus Ansprüche auf die Erbfolge in diesen Ländern. Die Krone von Dänemark ist auch nicht berechtigt, das Herzogthum Lauenburg ohne alle Rücksicht auf die Erbfolge eines deutschen Fürstenhauses mit Dänemark vereinigen zu können. Sie sehen hier, wie tief diese Sache greift. Aber auch das Herzogthum Schleswig ist mit Deutschland verbunden und vereinigt, und es hat das alte Verfassungsband von Schleswig und Holstein und von beiden mit Deutschland dadurch einen neuen Stützpunkt erhalten. Meine Herren, Schleswig, welches einst abwechselnd zu Deutschland und Dänemark gehörte, ist dadurch unauflöslich mit Deutschland verbunden, daß es mit dem deutschen Reichslande Holstein einen ewigen unzertrennlichen Verband hat. Dieser gemeinschaftliche unzertrennliche Verband beruht ebenfalls auf einem alten deutschen Nationalvolksrechte, das in den deutschen Ländern ursprünglich überall Geltung hatte, bis es zum Theil hier und da der Absolutismus unterdrückte. Man betrachtete damals die Fürstenwürde nur wie ein Amt, es gab ein Herzogsamt, ein Grafenamt, und die Hauptsache für das Land waren die Landstände. Holstein und Schleswig hatten aber nur eine einzige, ungetrennte Standtschaft, eine gemeinschaftliche Volksvertretung und viele andere gemeinschaftliche Einrichtungen, die man jetzt durch die dänische Verwaltung allmählig zu vertilgen sucht; das Recht der beiden Herzogthümer auf eine gemeinschaftliche Nationalrepräsentation, gerade so, wie noch heute die beiden Mecklenburg, obwohl unter verschiedenen Herzogen, gemeinschaftliche Landstände haben, dieses Recht ist für Schleswig-Holstein nimmermehr verloren. Daß die Regierung Provinzialstände geben konnte, ist eine Folge des unglücklichen deutschen Reactionensystems. Die deutschen Provinzen würden ganz anders ihr Recht besitzen und gegenwärtig ausüben, als dies jetzt der Fall ist, wenn sie gemeinschaftliche Stände mit höheren Rechten hätten. Schleswig und Holstein haben immer gehofft, der Zeitpunkt werde kommen, wo sie gemeinschaftliche Stände mit Steuerbewilligungs- und Gesetzgebungsrecht erhielten, und dieses Recht wird als ein Hauptrecht von Holstein betrachtet. Schleswig ist auf diese Weise mit Deutschland unmittelbar verbunden, es ist aber auch deutsch und will deutsch sein, es hat deutsche Sprache und Gesinnung und ein Recht auf gemeinschaftliche Stände,

es ist dies ein Recht, das der deutsche Bund nothwendig vertheidigen muß, es herrscht darüber kein Zweifel.

Soll ich mich nun an die Politik des deutschen Bundes wenden, an die Politik zunächst der Großmächte, welche ganz natürlich und noch mehr als natürlich und billig ist, ein Uebergewicht in der Bundesversammlung haben, so muß ich gestehen, ergreift mich hier ein banges und schmerzliches Gefühl. Ich bin verbunden, dieses Gefühl hier anzudeuten. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß es mir hier in diesem Augenblicke darum gilt, etwas Verlegendes zu sagen, ich will jedes meiner Worte auf die Waagschaale legen, meinen Gefühlen will ich Gewalt anthun, ich werde gemäßiget und leise das andeuten, was ich in dieser Beziehung fürchten kann. Meine Herren! Mit Recht hat der schmerzliche Ausdruck der Entrüstung des Motionenstellers darauf verweilt: Ein kleines Land wirft der ganzen deutschen Nation den Handschuh hin. Meine Herren, darin liegt etwas sehr Bedenkliches und Gefährliches. Glauben Sie, der König des kleinen Dänemarks würde dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Preußen eben so leichtfertig den Handschuh, wie etwa der gering geachteten deutschen Nation hingeworfen haben, wenn er nicht Grund zu haben glaubte, daß hier die Sache nicht so warm, nicht so kräftig vertreten werden möchte, als von dem erwachten Ehrgefühl der deutschen Nation. Meine Herren, außerdem ist Ihnen nicht unbekannt, daß Dänemark mit Rußland, Frankreich und England in Unterhandlung stand, Sie werden aus englischen und französischen Zeitungen die Schmähungen auf die deutsche Nation vernommen haben, der es übel genommen wurde, daß sie sich um ihre Nationalrechte bekümmert. Hören Sie die Schmähungen, die neulich auch in dieser Kammer berührt wurden, Schmähungen auf die deutschen Regierungen, daß sie uns nicht in Beziehung auf die Rechte unserer gekränkten Mitbürger durch Censurzwang alle Möglichkeit der Sprache nehmen. Leichtfertigkeit wird den deutschen Fürsten in französischen und englischen Zeitungen vorgeworfen, daß sie dulden, daß der Deutsche sich für das Recht Schleswigs und Holsteins verwendet, was ihn ja gar nichts angehe, und wo er gar nichts mitzusprechen hätte. Wohl, meine Herren, würde der Hafen von Kiel der großen nördlichen Macht, welche die Ostsee beherrschen will, wohl anstehen, wohl würde eine enge brüderliche Vereinigung der großen und herrlichen Küstländer Schleswigs und Holsteins mit den kräftigsten und besten Matrosen der Welt, in Verbindung mit einer Handelsmarine von Deutschland, die jetzt schon größer ist, als die von Frankreich, den Engländern ein Hinderniß in den Weg legen können, den Engländern, in deren Inter-

esse es liegt, und die das Recht zu haben glauben, sich auszudehnen, so weit die Schwäche anderer Völker es gestattet. Wohl liegt ein Interesse von England vor, und das Interesse von Frankreich ist klar; es gibt keinen Franzosen, keinen französischen Minister, der nicht sagt, einst müssen wir die Rheinlande wieder haben; aber das ist gegen das verbundene Deutschland doch nicht so leicht zu machen, und da vereinigt man sich mit Rußland, das, so lange es existirt, alle 10 oder 20 Jahre den Heißhunger nach fremden Provinzen bewies, und der Ausspruch „Rußland bis zur Weichsel“ ist noch ein gemäßigter Ausspruch in den St. Petersburger Ansichten. Da ist es freilich gut, wenn man sich gegenseitig unterstützt, dann kann der doppelte Zweck erreicht, dann kann Deutschland in Norden, Westen und Osten zugleich geplündert werden. Ich kann dem Abg. Hecker, gegenüber solchen Gedanken, keinen Vorwurf machen, daß er mit Gewalt drohe. Ja er hat mit Gewalt gedroht, wer aber so in seinem Rechte bedroht ist und durch so höhnische Verhöhnungen an der Nationallehre angegriffen wird, wie das deutsche Volk, der darf sagen, daß wenn ihm nicht auf rechtllichem Wege geholfen wird, er zuletzt Gut und Blut einsetzen wird, er muß es sogar sagen, seine Ehre fordert es. Und, meine Herren, vergessen Sie nicht, daß solche Zeiten kommen können. Ich will Sie an die ewige Wahrheit erinnern, daß höhere und heiligere Rechte auf der Erde es nicht gibt, als das Recht, Nation zu sein. Ich habe früher bei einer anderen Gelegenheit daran erinnert, daß der preussische Diplomat und Staatsmann Niebuhr in seiner Schrift, „Preußens Recht gegen den sächsischen Hof“ sagt, daß die Nationalrechte höher stehen, als alle dynastischen Rechte. Ich habe mich auf diesen Grundsatz berufen. Ein ehrenwerther deutscher Fürst ist vor Allem ein Deutscher, und wenn er fähig wäre, auch nur ein Stück der deutschen Nation Preis zu geben, so hätte er aufgehört, den Namen eines Deutschen zu verdienen. Die Rechte der Nation stehen höher als alle Fürstenrechte, und es kann die Zeit kommen, wo die Pflicht zum Recht wird. Der Abg. Junghans I. hat uns in dieser großen und bedeutungsvollen Frage auf eine höchst traurige Erfahrung aufmerksam gemacht. Meine Herren, wir sind jetzt warm für ein bedrohtes Recht eines deutschen Bruderstammes, aber wir waren es vor mehreren Jahren auch, und wir waren es nicht allein, das ganze deutsche Volk hat mit uns zu dem deutschen Bunde gesteht, das Recht in Hannover zu retten. Was geschah? Es geschah, was nimmer mehr hätte geschehen sollen. Und wenn ich nun hinsehe auf die Kühnheit Dänemarks, auf das bisherige Schweigen der Großmächte, da, wo sie wenigstens durch ihre Organe

hätten reden können, dann ist es natürlich, daß ich noch an eine andere Gefahr denke, als an die für unsere deutsche Nation. Ich sage, nach der Lage der Umstände scheint mir in dieser Sache keine geringe Gefahr für die souveränen kleinen deutschen Länder, und für die Souveränität der Fürsten vorzuliegen.

Bedenken Sie, meine Herren, wenn Sie einmal auf der Ministerbank die Stimmung des deutschen Volks, und nur des zum Bewußtsein erwachten Menschen ohne Censur hören könnten, was würden Sie hören! Ich will nicht Alles sagen, was Sie hören würden; die öffentliche Meinung können die Fürsten unterdrücken, aber man kann sie nicht todt machen, sie lebt in den Herzen der Völker, und wird bei Gelegenheit der That sich Luft machen, wie die öffentliche Meinung gegen den Rheinbund und gegen Napoleon; kein Hauch der Presse durfte sich regen, und das Gefühl der Selbstständigkeit und der Nationalität lebte bei weitem nicht in den Herzen so vieler Menschen als jetzt, aber es lebte in der Brust einer großen Menge achtbarer Männer, und wie die Gelegenheit kam, stürzte durch die Gewalt der öffentlichen Meinung das ganze Gerüste und der Thron des mächtigsten aller Fürsten zusammen. Wollte Gott, die Regierungen wären so weise, und gäben die Pressfreiheit, sie würden eine Meinung, die sich ihnen zum Theil feindselig gegenüber zu stellen scheint, für sich und die Throne gewinnen. Eines aber muß ich sagen, was man glaubt: die Angst bemächtigt sich einer ganzen Reihe von Menschen, daß wir neue Schlachten von Jena, neue Basler Frieden und neue Abreißung von Provinzen in Ost und West haben können. Diese Angst bemächtigt sich der Menschen, weil sie wissen, daß man keine weise Politik einschlägt, daß man nicht dem Volk vertraut, sondern daß man sich in Widerspruch, in Kampf mit der öffentlichen Meinung setzt, daß man die Rechte des Volks fürchtet, und darum nicht kräftig genug dastehen kann. Eine Nation, die Aehnliches erlebt hat wie wir, wäre blind und verachtungswürdig, wenn sie nicht glauben würde, daß neue Gefahren kommen können. Wir haben es gesehen, mit den Großen findet man sich ab, die Kleinen müssen büßen. Die kleinen Throne sind hier doppelt interessirt, alles das zu thun, was sie thun können, und sie gehen hier mit der öffentlichen Meinung der ganzen deutschen Nation. Man wird uns diesmal nicht sagen, wir sind zu klein, zu unmächtig, nein, ich weiß, Deutschland handelt gemeinsam, ich weiß Gottlob, daß die Ahnung der Gefahr Deutschland kräftigen wird, und dann wird es auch zu einem gemeinschaftlichen Ziele führen. Ich glaube also, daß im Interesse unserer Nationaleinheit und

Ehre, in der Pflicht, unsere Brüder zu verteidigen, in der Pflicht, den babischen Thron zu schützen und zu verteidigen, wir jedes rechtliche Mittel anwenden müssen, die Regierung zu bestimmen, sich mit allen rechtlich gesinnten deutschen Regierungen zum Schutz der verletzten Ehre, des verletzten Rechts zu verbinden.

Jung h a n n s II. Meine Herren, das Wort Deutschland ertönt heute in diesem Saale; -es ist ein Wort, das man leider nicht überall gern hört, aber es muß doch ein erlaubtes Wort sein, sonst würden wir es nicht vernehmen in diesem Hause und wir würden es nicht finden in dem Artikel 11 der deutschen Bundesakte, der so lautet: „Alle Mitglieder des Bundes versprechen, ganz Deutschland gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen.“ Meine Herren, es liegt hier ein urkundliches Versprechen vor uns, das die deutschen Fürsten dem deutschen Volke gegeben haben. Ich hoffe, ich erwarte, daß sie dieses Wort lösen, dieses Versprechen erfüllen werden, aber nicht wie im Jahr 1839, wo das schöne große Luxemburg abgetreten wurde gegen das kleine, winzige Limburg und gegen eine Geldentschädigung von 700,000 fl., die der Herzog von Nassau erhielt; nein, sie werden es mit Ernst, mit Würde, mit Festigkeit, ja nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand erfüllen. Und — wer wollte daran zweifeln — die deutschen Männer, die deutschen Jünglinge, die deutschen Soldaten warten mit Sehnsucht auf den Ruf zu den Waffen; dieser Ruf wird sie erquickten, er wird ihnen wie Musik in den Ohren klingen; denn der deutsche Mann, der deutsche Jüngling, der deutsche Soldat kann es nicht ohne Schmerz vernehmen, nein, er kann es nicht dulden, daß man das deutsche Volk mit Füßen trete, daß man es verachte, verspotte, verdröble und als einen Spielball für fremde Nationen behandle. Ich stimme für den Hecker'schen Antrag.

K a p p. Auch in unserem Saale gibt es große politische Fragen, bei deren Beurtheilung der Gegensatz liberaler und ministerieller Stimmen von selbst verschwindet. Wir haben heute einen solchen Gegenstand vor uns, vor welchem jene Gesinnung, die so häufig ihre Stimme in der Kammer gegen die Kammer erhebt, und mit ihr die gepriesene Kurzsichtigkeit verstummen muß, sowohl jene unbewusste, die sich damit breit macht, daß ihr nur diejenigen Länder und Dinge bekannt sind, welche sie schon in den Kinderlehren, in den Schulbüchern, im Katechismus gelernt hat, als auch jene absichtliche Kurzsichtigkeit, die da meint, man müsse jedes Wort vermeiden, das irgendwo in der Form nur verlegend sein könne. Auch diese letztere Kurzsichtigkeit, die eigentlich die schlechtere ist, kann sich beruhigen, denn es handelt sich nicht um die

Person des Königs von Dänemark, sondern um das jetzt wirkende feindliche Prinzip seiner Regierung. Der König selbst ist ein hochachtbarer, sehr gebildeter, daher lebenswürdiger Privatmann. Nur die Regierungsmaßregel ist es, was uns angeht, über diese allein haben wir zu sprechen.

I. Ich läugne nicht, daß mich das Leben und die Geschichte der europäischen Völker mit einer entschiedenen Neigung, vielleicht mit einer gewissen Vorliebe für die scandinavischen Stämme erfüllt hat. Das gesündeste Volk, welches gegenwärtig in ganz Europa lebt, ist ein scandinavisches, es sind die Norweger. In der Verfassung unseres kleinen Landes dürfen wir uns rühmen, ein Lebenselement zu haben, welches an Norwegen erinnert: das Gesetz der Wahlen, unsere Urwahlen. Die Frage, die uns vorliegt, ist von ihrer rechtlichen und politischen Seite so vielfach beleuchtet worden, daß ich darüber nur wenige Worte noch zu sagen mir erlauben werde, um so weniger, weil schon der Abg. Junghans II. in Betreff der Rechtsfrage auf die Pflicht des deutschen Bundes in dieser Angelegenheit, und der Abg. Welcker in rechtlicher Beziehung auf die Thatsache, daß jene Länder, Lauenburg mit inbegriffen, Mannslehen sind, und in politischer Beziehung auf die Gefahren hingewiesen hat, welche im Hintergrunde dieser Frage den kleinen Staaten in Deutschland drohen. Die geheime Lust, sich zu vergrößern, die Sucht, auf Kosten der kleinern Staaten sich auszudehnen, lebt in den sogenannten Großmächten so deutlich, daß sie ohne Anstand auch in dieser Kammer als Thatsache bezeichnet werden kann. Erinnern möchte ich an das Wort der alten Feldherrn nach den Befreiungskriegen; Niemand führte eine stärkere Sprache gegen die papierene Weisheit der Diplomaten, als diese alten Helden, als z. B. der greise Blücher, der da bitter und spottend klagte, daß die Diplomaten in ihren Kabinetten mit der Feder wieder verderben, was die Sieger in der Schlacht mit dem Schwerte gewonnen. Blicke ich auf die weiteren politischen Beziehungen, so habe ich über die Verhältnisse dieser deutschen Sache zu Rußland und Frankreich und selbst über die Verhältnisse zu England hier nichts weiter zu entwickeln, denn diese Beziehungen sind, so weit sie in unsere Verhandlung gehören, schon in Hecker's Vortrag erörtert worden. Nur kurz erlaube ich mir zu bemerken, daß der erwähnte Bund, welchen Rußland mit Frankreich wieder abgeschlossen, selbst durch die Julirevolution nur in Bezug auf die Dynastie, nicht in Beziehung auf die inneren Verhältnisse zu Frankreich unterbrochen war; daß damals selbst Kaiser Nikolaus den

französischen Gesandten zu sich rufen und Karl X. warnen ließ, die gefährlichen Ordonanzen auf einen geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben. Ueber den Zustand ganz Europa's, besonders auch Frankreichs, war der Czar durch seine Sendlinge besser unterrichtet, als Karl X. durch seine Minister. Die stolze Aufnahme, welche der Czar in den jüngst verflossenen Zeiten, nach mißlungenem Versuche einer engeren Vereinigung mit England, in London gefunden hat, gieng der erneuerten innigern Annäherung, der Herabstimmung der Abneigung voraus, welche Rußland gegen die Julidynastie haben mußte. Die Gegenwart des Czaren in Rom besiegelte schließlich diese nächtliche Vereinigung der großen slavischen Macht mit der großen romanischen.

Die Frage, die uns hier in Beziehung auf Deutschland bewegt — denn nur in dieser Beziehung haben wir sie zu erfassen — ist aber nicht bloß wegen der Bundespflichten und wegen der Gefahren für die kleineren deutschen Souveräne zu beachten, sie ist auch zu beachten hinsichtlich des deutschen Zollvereins. Der Abg. Hecker hat in seiner Motion klar dargestellt, und der Abg. Welcker hat ebenfalls ausgeführt, daß auch England sich mit unsern übrigen Feinden in dieser Sache zu vereinigen droht, weil es mit wachsender Eifersucht jede Möglichkeit der Bildung einer deutschen Handelsmarine schon im Voraus zu vereiteln sucht. So steht denn Deutschland selbst in Bezug auf Dänemark, welches früher ein deutsches Lehen war, wie in jeder großen Frage ganz allein und von allen Seiten bedroht, im Kreise der neuern Geschichte. Allein gerade diese Gefahr sollte sich durch ihre Größe in sein Glück umwandeln. Im Angesicht dieser großen Verhältnisse sollten sich die deutschen Fürsten zum Schrecken des Auslands mit ihren Völkern versöhnen, um kraftvoll, wie es Deutschen gebührt, gegen das Ausland aufzutreten und den tückischen Feinden die Stirne zu bieten, welche aus Ländergier und schnöder Herrschsucht mit dem entzweierenden Plane umgehen, gegen Deutschland so ungefähr zu handeln, wie man gegen Polen verfuhr und noch verfährt. Doch diese Betrachtung würde uns hier zu tief in die großen Verhältnisse der umgebenden Länder wegführen! Es genügt, zu erinnern, was ich vor wenig Tagen in dieser Beziehung über die entsprechenden Gelüste Frankreichs nach den deutschen Rheinländern im Sinne der Offenburger Petition ausgesprochen habe.

II. Davon absehend, muß ich noch ein Wort über die Verhältnisse Dänemarks zu dem übrigen Scandinavien und zu Deutschland hinzufügen, also a) über die Stellung des dänischen Volksbewußtseins, seiner Opposition,

so wie b) über die Stellung der dänischen Regierung zu den deutschen Elementen in und außer Dänemark. In allen diesen Beziehungen finden wir das dänische Volksbewußtsein im Widerspruche und in verkehrter Harmonie mit sich und mit der absoluten Königsmacht bis in die untersten Schichten selbst des Bauernstandes herab. Die Crisis unserer Tage ist allgemein. Sie geht durch alle Länder, durch alle Glieder der Völkerwelt. Die Geschichte, meine Herren, ist eine allseitige Reihe von Ursachen und Wirkungen, von Gründen und Folgen, ein gigantischer Kettenanschluß. Die Gegenwart ist mit der Vergangenheit die Mutter der Zukunft. Die leztverfloffenen Jahre geben uns den Schlüssel in die Geheimnisse der Gegenwart. In der Schwedischen Monarchie herrschte im Jahr 1844 eine mächtige Crisis. Ausgezeichnete Diplomaten besorgten in Schweden damals schon für das Jahr 1845 revolutionäre Stürme. Vorzüglich war es auch die Priester- und Adelpartei, deren Antriebe überall, wo beide zusammenhalten, der Nacht zugewendet, diese Revolution durch begriffslosen Widerstand zu beschleunigen drohten; die Weisheit des Königs Oskar vermittelte, so weit möglich, d. h. für den Augenblick, die schreienden Gegensätze, und im Jahr 1845 war Schweden ruhvoller, als das Jahr vorher. In Dänemark dagegen brannte das Strohfeuer des Hasses gegen die deutschen Elemente 1845 Lichterloh auf. Am rohesten und geistlosesten mischten sich, als wollten sie ihre Sache verderben, priesterliche Stimmen in den Streit, lohnfüchtige Staatsbediente, die man Staatsmänner nannte, legten entstellende Gutachten der Regierung und dem Könige vor. Auf die offenen Wege des geistigen Verkehrs warfen ihre Trabanten, um das Strohfeuer jenes Hasses zu nähren, Schwärmer und Lärmraketen aller Art. Als diese erfolglos plagten, schienen, noch am Ende desselben Jahres, selbst die Verblendeten zu einiger Besinnung zu kommen, und, was die besseren und edleren Dänen längst wußten, von dem Unrecht ihrer Ansprüche sich wenigstens theilweise zu überzeugen. Indem aber die Hohlheit des Streits mehr und mehr entdeckt wurde, trat auch der Ernst der Frage würdevoller an den Tag; der nationalste Däne mußte sich im Stillen die Schwierigkeit und das Ungemach der Sache zugestehen, die dänisch gesinnten Dänen und die Regierung schienen oder wollten daher scheinen, als ob sie die Entwicklung dieser Frage, die eigentlich noch eine vorzeitige, doch schon ins Leben des ganzen Volkes eingedrungen oder eingepflanzt war, zurück zu dämmen suchten. Wenigstens schien in dem dänischen Streit über die deutschen Provinzen ein Wendepunkt einzutreten: Es war eine kleine Pause, eine Stunde der Ruhe, wie sie größeren Stürmen vorangeht. Der Abg. Jung-

hanns I. hat bemerkt, in wie fern diese Frage eigentlich eine vorzeitige sei. Was nur halb an der Zeit ist, erscheint unpraktisch, oft lächerlich. Allein hinter dem Humor des vorzeitigen Spectakels spielt, wie gesagt, die slavische Politik des Nordens ihr gewagtes Spiel, mit Voraussicht auf spätere Zeiten, fort und benützt die Schwäche der Dänen wie der Deutschen. Sie entblößt dadurch die wunden Stellen dieser Mächte, und setzt, absichtlich oder nicht, gerade solche Punkte ins lächerlichste Licht, welche man sonst nur mit äußerster Schonung behandelte. Allein diese ganze Sache könnte zuletzt als solche der russischen Diplomatie eine Erinnerung geben, daß oft der Heerd des Ausgangs einer Dynastie auch der ihres Untergangs werden kann.

In den deutschen Provinzen Dänemarks hat sich das tiefe nationale Bewußtsein so mächtig geregt, daß selbst die Universitäten, die seit lange sonst immer thallos den großen Bewegungen der Zeit zuschauen, sich gerührt haben, und die Universität Kiel verdient hier volle Anerkennung, daß sie den Anmuthungen der dänischen Regierung, welche sie widerrechtlich zwingen wollte, ihre Stimme zu unterdrücken, mit mannhafter Protestation stolz entgegen trat. Den Dänen selbst ist es klar, daß Dänemark ohne die deutschen Provinzen nahezu aufhört ein Staat zu sein. Die deutsche Frage ist für Dänemark eine Frage des Lebens und der Ehre. Deutschland, das verohnmächtigte, soll zum Vortheil des Auslandes diese dänische Ehre zahlen. England hatte nicht umsonst auf die ungerechteste Weise die dänische Flotte zerstört. Verliert Dänemark noch vollends die deutschen Provinzen, so ist seine politische Selbstständigkeit in den Augen aller Welt vernichtet. Es wird wenigstens, wenn es noch existiren will, hingewiesen auf die stammverwandten scandinavischen Länder. Auf das thätigste regen sich daher in Dänemark zugleich die sogenannten scandinavischen Ideen, d. h. der Gedanke einer national-politischen Vereinigung der dänischen, schwedischen und norwegischen Reiche. Dieser Gedanke ging nicht von den Regierungen aus, er ging aus von dem Nationalgeiste, der auch dort erwachte. Zuerst wurde dieser Gedanke besonders in Norwegen als eine dänische Chimäre verspottet. Seit den letzten Jahren hat er aber einen solchen Boden gefunden, daß sich selbst in dem gesunden Norwegen Stimmen für diese Ideen erheben. Die freisinnigen Dänen suchen aber zugleich vorzugsweise noch darum die deutschen Provinzen mit Dänemark zu vereinigen, weil sie die innere Finanznoth des dänischen Staats empfinden, eine Finanznoth, die unter den europäischen Staaten, nach der österreichischen und

holländischen, vielleicht die größte ist. Die dänische Staatsschuld soll mit auf die deutschen Provinzen gewälzt werden. Es ist ein Glück, daß diese Schuld mit auf dem Spiele steht; sie hält auch die gelassensten Gemüther wach, weil sie nicht geneigt sein können, diese Staatsschuld mit auf sich zu nehmen. So kommt also zum Glück noch ein materielles Element hinzu, welches der ursprünglichen, der grundlegenden nationalen Kraft mehr Festigkeit und Nachhaltigkeit giebt. Die freisinnigen Dänen boten daher Alles auf, und suchten die Dänisirung der deutschen Provinzen sogar auf eine Weise durchzusetzen, in welcher sie öffentlich sich selbst verspotteten, nämlich durch die Berufung auf die absolute Königsmacht. Dadurch geriethen sie in eine komische Stellung. Ihr Widerstand löste sich, da sie mit Freisinnigkeit prahlten, in Widerspruch auf, in Lächerlichkeit, daher in Ohnmacht. Wahre Freisinnigkeit fordert höhere Gesichtspunkte. Innerhalb Dänemarks bekämpfen diese Freisinnigen die absolute Königsgewalt, gegen die deutschen Provinzen berufen sie sich auf dieselbe, und suchen mit Hilfe des Absolutismus die Rechte dieser Deutschen zu unterdrücken, als ob sie von deutscher Bürokratie gelernt hätten, daß für die Deutschen Alles gut genug sei. Und doch zeigten sich gerade die Deutschen in Dänemark als Männer, keineswegs so schwach, als unsere deutschen Civilisten, welche aus Scheu vor Unruhen und aus Furcht vor Rußland der niedrigen Feigheit endlose Opfer bringen. Jener selbe Widerspruch offenbart sich umgekehrt auf der Seite des dänischen Kabinetts. Indem dieses den berechtigten Forderungen der Deutschen entgegentritt, will es die Königsmacht allerdings vermehren, aber es vermehrt wider Willen die radikalen Ideen, es nährt und kräftigt die Einigung Schwedens, Dänemarks und Norwegens. So zeigen sich stets die absolutistischen Maßregeln als solche, die in ihr Gegentheil umschlagen, und wir sehen in Dänemark, wie wir dies in Deutschland gesehen haben, daß der Absolutismus sein eigenster Feind ist, daß er sich am besten selbst bekämpft.

Vergebens schien es im Jahr 1845, als ob die dänische Regierung diese Frage etwas ruhen lassen wollte. Der Funke war einmal gefallen. Er hatte die Zündstoffe in der dänischen Nation ergriffen. Selbst der dänische Bauer, neben dem deutschen Bauern Dänemarks in äußerst gedrückter Stellung, schien zum Bewußtsein zu kommen, was ihm fehlte, er fühlte seine, in vielen Gebieten halb feudale Lage. Selbst unter den dänischen Bauern regte sich eine Gesinnung, die dem absoluten Königthum und den russischen Einflüssen ungünstig war. Dänemark sah sich 1845 genöthigt, die Versammlung

gegen der dänischen Bauern aus diesem Gesichtspunkt zu untersagen, aber dieses Verbot machte nur die Schwäche, die Noth und Angst des dänischen Polizeistaats anschaulich. Es half wenig, und was es zu helfen schien, gieng wieder in die Brüche. Ein solches Verfahren war zu auffallend, doppelt auffallend im Angesicht der alten ächt germanischen Gerichtsverfassung, welche in wohlbekannten Strichen Holsteins und selbst Schleswigs noch herrscht und die künstlichen, krankhaften Einrichtungen des übrigen Deutschlands beschämt. In den Schleswig und Holsteinischen Landen ist nämlich noch so viel deutsches Blut, daß sogar das alte Thinggericht sich erhielt, wo der Bauer sein eigener Anwalt ist. Ueberhaupt ist der deutsche Bauer in Dänemark das rührigste und entschiedene Element der nationalen Opposition. Mit der Mißstimmung im Schooße Dänemarks vermehrten sich aber die auswärtigen Bedenklichkeiten. Die Mächte fanden sich nicht bestimmt, besonderes Gewicht auf das deutsche Interesse zu legen, Deutschland steht in keiner Achtung als Macht. Man rechnet aus langer Erfahrung auf seine Nachgiebigkeit, und indem ich diesen Punkt berühre, muß ich erklären, daß, so gerne ich der Ermahnung nachkomme, und der Regierung Vertrauen zeigen möchte, ich doch auch hier nur ein Vertrauen haben kann, welches auf wirklichen Verhältnissen, auf Erfahrungen beruht. Sobald mir die Erfahrung zeigt, daß Deutschland all' seine Macht anwendet, alle wälschen und slavischen Einflüsse in ihre Schranken zu weisen, dann wird dieses Vertrauen erwachen. So lange und so weit dieses nicht der Fall und in dem Maasse es nicht der Fall ist, ganz in demselben Maasse wird eben das erwünschte Vertrauen abnehmen, oft sogar in Mißtrauen sich umkehren. In unserer Frage herrscht aber der Bund des Slaventhums mit dem Romanismus und findet noch in England Unterstützung gegen unsere Ansprüche und Rechte. Die scandinavischen Ideen haben aber besonders etwas höchst Unangenehmes für Rußland. Dieses scheut nicht bloß ihren Radikalismus. Allseitig muß es ihnen mit voller Entschiedenheit entgegen treten. Wie nach einem bekannten Plan Frankreich in dem Mittelmeer eine französische See sucht, eben so will Rußland in der Ostsee ein russisches Meer sehen. Jede Vereinigung der scandinavischen Kräfte würde die alte historische Neigung Schwedens gegen Osten wieder entwickeln, so bald Rußland mit seiner ganzen und ungetheilten Kraft anderswo beschäftigt wäre, nicht bloß mit einem Theil seiner Kraft, wie in Kaukasien. Rußland will aber auch durch Dänemark in Deutschland vorschreiten,

während ein starkes Scandinavien seine baltische Macht brechen würde. Da nun aber ohne Deutschlands Wiederbelebung — was die heutigen Dänen nicht begreifen — auch der scandinavische Norden machtlos bleiben muß, so hegt Rußland den Haß gegen die Deutschen in Dänemark doch wieder auf. Es will unter unsern Augen den cimbrischen Hals unseres Vaterlandes zuschnüren, und wird sogar böse, wenn dieser Hals und einige stärkere Gliedmaßen sich rühren, und Bewegungen der Selbsthülfe zu machen scheinen. Die russische Politik ist viel zu groß, viel zu klug, als daß sie bloß auf einige Jahre oder nur auf ein Menschenalter vorwärts blicken möchte. Rußland weiß, daß auch die scandinavischen Länder sich erholen können, und sich erholen werden, wenn es dem Neid des Auslandes mißlingt, sie zu täuschen. Als Krieger und Sieger wären sie jeden Augenblick den Russen gewachsen, nicht aber in ihren Finanzkräften, nicht also auf die Dauer. Könnte jedoch Scandinavien sich einen und an das stammverwandte Deutschland sich stützen, hätten wir, mit andern Worten, wenn auch kein politisch starkes, doch nur ein erstarkendes Vaterland, so könnte, wie sich auch von diesem nordischen Gesichtspunkt aus zeigt, das deutsche Leben wieder die frühere Gesundheit gewinnen. Mitten unter seinen Feinden könnte es im Bunde mit Scandinavien (statt im Zwiespalt mit dem anmaßenden Dänemark) einer kraftvollen Wiedergeburt entgegen gehen, wenn es nur aus sich selbst erst sich stärken und zu einer Macht sich heranzubilden wollte, fähig, dem Ausland wenigstens Achtung zu gebieten. Auch Scandinavien steht am Vorabend großer Umbildungen und das Ideal seiner Bestrebungen findet es in dem kerngesunden Norwegen, dem glücklichsten Lande Europa's.

Im Uebrigen habe ich das Vertrauen, daß bei uns in diesem Falle nicht nur die zweite, sondern auch die erste Kammer das Interesse und die Ehre Deutschland's mit Entschiedenheit wahren werde gegen fremde, unsere Selbstständigkeit bedrohende Eingriffe. Der offene Brief des Königs von Dänemark stellt sich, als wolle er Geschehenes ungeschehen machen, die ganze Geschichte austreichen. Der Absolutismus betrachtet Neuerungen doch sonst immer als verwerflich. Sobald sie ihm aber selbst belieben, dann sollen sie recht sein. Wenn also hier dieser Königsbrief Geschehenes ungeschehen zu machen, die Geschichte zu läugnen sucht, so ist es die Aufgabe des deutschen Bundes, das Unglück, welches uns droht, in Glück zu verwandeln, d. h. einzuschreiten im wahren deutschen Geist, dessen Erweckung in jeder Weise der Segen wird, dessen wir in der reisenden Krisis der Zeiten nimmer entbehren können.

Gottschalk. Wie ich früher mit der redlichsten Brudersliebe zu wirken half, unseren Brüdern, den Holsteinern, im Norden Deutschlands, beizustehen, so thue ich solches auch heute wieder. Es that mir wohl, wie mein Freund Hecker mit kräftiger deutscher Begeisterung und gewiß nicht ohne Erfolg an die Herzen aller Deutschen appellirt hat, diesem unserm Bruderstamme beizustehen. Ich bin gewiß, daß wenn die Sache nach dem Willen des Volks entschieden wird, sie den Sieg sicher erhält, aber ich will vor der Hand nicht das Mittel, das mein Freund Hecker angedeutet hat. Ich gestehe zwar, daß wenn es keine andere Hilfe gibt, ich dieses Mittel billige, aber ich will nicht gleich an die Freischaren appelliren. Ich frage, wer hat die Pflicht, die deutschen Völker zu schützen? Ich glaube wohl der Bund, und also auch zu allererst eine deutsche Bundesarmee. Ich müßte mich fragen, für was wenden wir die ungeheuern Opfer auf, um die die Länder erdrückenden stehenden Heere zu erhalten, wenn nicht allererst ihre Verpflichtung wäre, unser gemeinschaftliches Vaterland zu schützen. Jedenfalls sind wir, wenn nicht zuerst von dort eingeschritten wird, um eine Erfahrung reicher, und es wird sich dann fragen, ob wir in der Folge immer noch diese ungeheuern Summen verwenden sollen. Ich sage, der Bund und die deutschen Fürsten sollen beweisen, daß die Völker noch etwas anderes sind, als eine fürstliche nach Belieben theilbare Waare. Unsere Brüder des Nordens würden vielleicht vor der Hand nicht so übel gehen, dänisch zu werden, allein ich achte ihre Liebe zu uns und ihre Anhänglichkeit zum gemeinschaftlichen Vaterland. So viel ich weiß, verlassend in Dänemark nicht so Viele ihr Vaterland, wie in Deutschland, und daraus ziehe ich den Schluß, daß es vielleicht dort eben so gut ist, als bei uns in Deutschland; allein sie würden wahrscheinlich nicht Dänen bleiben, die Dänen könnten, wie schon gesagt ist, nicht diese Sprache gegenüber ihren Verbündeten führen, wenn ihnen nicht ein anderer Schutz zu Gebote stünde; unsere deutschen Brüder würden einstweilen Dänemark und vielleicht später dem Herrscher von Sibirien angehören, und vor dieser Gefahr müssen wir sie schützen. Nun haben wir aber einen neuen Beweis von der schönen Freundschaft Englands; glauben Sie nicht, daß es eine leere Stimme ist, die sich dort drüben bei unsern Inseln ausgesprochen hat. Möchten doch bald den Leitern des deutschen Zollvereins, welche noch immer diese Freundschaft berücksichtigen, die Augen aufgehen! Ich sehe zwar ein, unsere Sache braucht der Freunde nicht, sie ist eine zu gerechte, eine gute, allein ich bin doch nicht ganz mit dem Herrn Präsidenten des Justizministeriums einverstanden, daß wir nur immer abwarten müßten, ob nicht die Sache auf einem gemüthlichen, vielleicht langweiligen Wege zu

schlichten sei. Ich sage, man muß gleich handeln und ernsthaft handeln, und es ist dazu schon genügender Grund vorhanden, wenn man einem unserer Brüderstämme die Sprache, dasjenige, was ihn zuerst an uns bindet, raubt. Ohnedies, meine ich, ist es die erste Pflicht des deutschen Bundes, gleich zu handeln, wenn die Verfassung eines der Bundesstaaten verletzt wird, und ich behaupte, nur dann, wenn wir die Rechte der Völker, die Heiligkeit der Verfassung vertheidigen, anstatt daß man hie und da gerne sieht, wenn an diesen Verfassungen gerüttelt wird, werden wir unser Vaterland stärken und erhalten. Eine solche Handlungsweise ist allein das Mittel, kräftig zu werden, und stark da zu stehen. In näherer oder fernerer Zeit möchte vielleicht ein Anlaß kommen, wo man wieder genöthigt ist, an die Völker zu appelliren, wo man sich freuen würde, wenn ein solcher Eifer, wie er sich heute zeigt, sich entfalten würde. Um ihren Proclamationen einen solchen Erfolg zu sichern, müssen die Regierungen die Rechte des Volks achten und sie vertheidigen, und wenn es auch nicht ihre nächsten Unterthanen sind, darum rufe ich meinen Brüdern im Norden zu: Seid ferner so muthig und wacker, fürchtet euch nicht und handelt, und ich bin überzeugt, wenn Diejenigen, deren Pflicht es ist, der Bund und die deutschen Fürsten, nicht handeln, so gibt es gewiß noch Leute, die euch unterstützen werden. Vor der Hand muß ich aber die Erwartung aussprechen, daß Alles dasjenige, was in diesem Saale und an vielen andern Orten erklingt, nicht nutzlos an den Ohren unserer Dirigenten von Deutschland vorübergehen möge.

Staatsrath Jolly. Die Regierung, wollte ich dem Hrn. Abg. Gottschalk erwidern, ist eben der Ansicht, daß man sich nicht entschieden aussprechen soll, so lange man nicht alle Verhältnisse kennt, und nicht alle Theilhaber vernommen hat. Nach dem früheren Theil seiner Rede glaubte ich in der That, er sei meiner Meinung in Beziehung auf das Einschreiten mit Gewalt, denn er hat sich gegen die Freischärler ausgesprochen, die er aus nächster Nähe recht gut kennen wird.

Gottschalk. Wenn wir auch die Verhältnisse nicht bis in's Einzelne hinein kennen, so haben wir doch den Brief des Königs, und der ist genug für uns, damit wir mit allem Eifer einschreiten.

Mez. Wenn wir auch von den einzelnen Verhältnissen nicht unterrichtet sind, so haben wir den offenen Brief des Königs mit seinem unzweideutigen Inhalt, und das ist uns genug, um die Gefahr zu erkennen, in welcher wir schweben. Dieß als Antwort auf die so eben gehörte Rede

des Hrn. Regierungs-Commissärs. — Mit dem Hrn. Abgeordneten, welcher zuletzt gesprochen hat, kann ich nur theilweise einverstanden sein, indem ich nicht vermag der Appelation an das Volk, welche von dem Hrn. Motionsteller gemacht wurde, meine Billigung zu versagen. Auf die stehenden Heere haben wir leider zu wenig Einfluß, und deswegen ist ein Aufruf directe an das Volk nöthig. So wie dieser Aufruf von Herzen kam, so wird er zu Herzen gehen, und seinen Eindruck nicht verfehlen.

Der Deutsche liebt den Frieden, er liebt die Künste des Friedens, den Segen des Friedens. Aber der Deutsche ist noch deutsch, er liebt auch sein Vaterland, er liebt auch seine Freiheiten. Wo nun Vaterland, Freiheit und Civilisation in Gefahr kommt, da weiß der Deutsche, daß seine Pflicht nun nicht mehr in Erhaltung des Friedens besteht, sondern in der Rüstung zum Kampfe, oder doch in der Erklärung, daß er kampfbereit sei. Und so antwortete ich heute dem verehrten Motionsteller im Namen des großen, vielgliederigen Handwerkerstandes, dem ich angehören die Ehre habe, und an den er sich auch besonders gewendet hat in seiner Rede, daß er recht hat, wenn er annimmt, auf den ersten Ruf werden wir unsere Werkstätten verlassen, und mit Gut und Blut einstehen für die Sache des Vaterlandes. Freudig werden wir Alles auf dem Altar des Vaterlandes zum Opfer bringen, wenn das Vaterland unserer bedarf. Noch hat Deutschland Legionen treuer Söhne, welche es beschützen in der Stunde der Gefahr. Dieß mag der König von Dänemark, dies mag die Welt wissen. (Beifall.)

Schmidt v. M.: Ich werde nur mit wenigen Worten meine Zustimmung zum dem Antrage des Abg. Hecker begründen. Ist es für den Deutschen ein schmerzliches und demüthigendes Gefühl, zu sehen, wie im Westen unseres Vaterlandes deutsche Volksstämme sich immer mehr und mehr ihrer Nationalität entäußern, zu sehen, wie die Versuche in neuester Zeit, auch die deutsche Sprache bei ihnen auszuwurzeln, ohne besondere Klage von ihnen hingenommen werden, so gewährt es uns doch auf der andern Seite einigermaßen Trost, zu sehen, wie ein kräftiger Volksstamm im Norden aus Anhänglichkeit an das gemeindefame Vaterland mit Muth und Kraft die Angriffe gegen seine Nationalität zurückweist. Es ist darum unabweißbare Pflicht aller Deutschen, besonders aber der deutschen Fürsten und Stände, diesen Volksstamm in seinem gerechten und heiligen Kampfe zu unterstützen, denn die Existenz Deutschlands ist dadurch bedroht. Zeigen sich die Leiter unserer öffentlichen Angelegenheiten bei so klarem Recht und gegen einen so schwachen Feind nachgiebig und zaghaft, so legen sie damit

einen unwidersprechlichen Beweis ihrer Schwäche und Ohnmacht ab, es ist um das Vertrauen des Volks geschehen, nicht allein um das Vertrauen des Volks gegen sie, sondern sie untergraben auch das Selbstvertrauen des Volks. Der offene Brief des Königs von Dänemark enthält in der That eine Verhöhnung Deutschlands und des deutschen Bundes. Frankreich und England sind die Mächte, an welche sich der König in dieser Angelegenheit wenden zu müssen geglaubt hat; den deutschen Bund, den zunächst theilhaftigen deutschen Bund anzugehen, hat er nicht für nothwendig erachtet, wiewohl solches nach Artikel 11 der deutschen Bundesacte unzweifelhaft hätte geschehen sollen. In der That, eine deutlichere Mahnung an den Bund kann nicht ausgesprochen werden. Es handelt sich hier um deutsche Länder, wo vor allem ihm das Wort gebührt, und die Sympathie des deutschen Volks wird ihm nicht fehlen, wenn er zu handeln weiß.

Weller. Nach Art. 1 der Bundesacte ist der König von Dänemark für Holstein Mitglied des deutschen Bundes und als solches den Bestimmungen der Bundesacte unterworfen. Nach Artikel 11 der Bundesacte versprechen alle Mitglieder des Bundes, sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bund begriffenen Besitzungen. Die Bundesglieder machen sich ferner verbindlich, ihre Streitigkeiten nicht mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen. Dieser liegt es alsdann ob, die Vermittlung durch einen Ausschuss zu versuchen, oder, wenn der Vergleichsversuch fehlschlägt, die Streitigkeit durch eine Austrägalinstanz entscheiden zu lassen. Es soll hiernach über alle Streitigkeiten deutscher Fürsten über Bundesländer, also auch Streitigkeiten über Erbfolgen in denselben, nur auf diesem Bundeswege entschieden werden, und wenn Dänemark wegen der Succession in Holstein mit einem andern deutschen Fürsten in Erbstreitigkeiten verwickelt wird, so kann er hierüber nicht die Garantie auswärtiger europäischer Staaten suchen, sondern muß sich der durch den Bund herbeigeführten Austrägalentscheidung unterwerfen. — Wegen der anerkannten Untrennbarkeit Schlesiens von Holstein gilt solches auch von Ersterem. Dänemark muß jedoch die Güte seiner Rechtsansprüche nicht sehr hoch anschlagen, wenn es wahr ist, was die öffentlichen Blätter sagen, daß es diese Garantien bei Frankreich, England und Rußland nachsucht und letzterem sogar den Hafen von Kiel, also eine deutsche Bundesstadt, gegen die Garantie der Erbfolge in Schleswig abzutreten versprochen hat. Diese Auslieferung des Schlüssels der

Ostsee an einen Erbfeind Deutschlands wäre Verrath am Bunde, es wäre ein Staatsakt gleich der Uebertragung des Elsaß und Lothringen von dem deutschen Reich, eine Kriegserklärung an alle Bundesfürsten. Jener offene Brief läßt zwar die Erbansprüche in Holstein noch im Ungewissen schweben, allein über Schleswig glaubt man sich deutlicher aussprechen zu können, weil solches keinen Theil des Bundesgebiets bildet, allein bei der unläugbaren inneren Vereinigung beider und ihrer staatsrechtlichen Untrennbarkeit gilt das von Holstein Gesagte auch für Schleswig. Glaubt etwa Rußland mit uns das Spiel wiederholen zu können, das ihm noch vor kaum einem Jahre in Persien gelungen ist? Dort hat es sich für die gleiche Garantie einer Erbfolge den Hafen von Astrabad, den besten am kaspischen Meere und im Herzen Persiens selbst gelegen, abtreten lassen; allein wir Deutsche werden nicht so blödsinnig sein, ein so nahe liegendes Beispiel zu vergessen und uns ohne Gegenwehr den Schlüssel der Ostsee rauben zu lassen. Glaubt man auswärts, weil unsere Presse nicht mehr sprechen darf, wir seien in Deutschland so stumpfsinnig geworden? Mag es sein, daß zwischen Rußland und Frankreich ein Bund gegen uns geschlossen sei, daß auch England auf die Seite unserer Feinde trete, so verzweifle ich doch nicht an dem endlichen Siege Deutschlands. Die Drohungen, welche englische Blätter gegen deutsche Fürsten austoben, daß sie durch die Censur nicht mehr die Besprechung dieser Frage unterdrücken ließen, scheinen zwar auf solche Bündnisse hinzuweisen. Aber wenn auch alle Großmächte Europa's das divide et impera auf Deutschland noch ferner ausdehnend anwenden, so glaube ich doch nicht, daß das Schicksal Polens uns erreichen wird, ich glaube vielmehr, daß das Beispiel Polens für uns nicht verloren sein wird, daß wir, hierdurch vielmehr belehrt, einträchtig sein werden. Sollten wir auch keine Bundesgenossen haben und allein auf unsere Kraft angewiesen sein, — die deutschen Fürsten besitzen noch als Palladium der Freiheit ein erprobtes Mittel. Sie vollziehen in loyaler Weise die in der Stunde der Gefahr von 1813 und 1815 verbrieften Rechte. Das deutsche Volk wird dann mit der alten Tapferkeit die neue Begeisterung verbinden und über alle seine Feinde siegen. Meine Herren, ich unterstütze den Antrag in jeder Beziehung.

Bader. Zu der Nachlese, welche der vorlezte Redner gegeben hat, will ich nur einige kurze Bemerkungen hinzufügen. Es gab allerdings auch eine Zeit, wo die Regenten von Dänemark selbst die Trennung Holsteins und Schlesiens von dem Königreich Dänemark beförderten, so lange nämlich die Könige von Dänemark nicht unumschränkte

Herrscher, nicht absolute Souveräne, sondern durch ihren Reichsrath beschränkt waren, und zwar hielten sie die Verwaltung Schleswigs von der Verwaltung Dänemarks darum getrennt, weil sie durch den Reichsrath in Kopenhagen in ihren Rechten viel mehr beschränkt waren, als durch die Stände Schleswigs. Es veranlaßte also ihr Interesse, diese Trennung festzuhalten.

Dann erlaube ich mir nur einen geschichtlichen Irrthum in dem offenen Brief zu berichtigen. Es ist sich nämlich dort auf einen Vertrag zwischen Dänemark und Rußland von 1774 berufen. Dieser Vertrag wurde mit der Kaiserin Katharina nicht als Kaiserin von Rußland, sondern als Vormünderin des Großfürsten Paul, des Herzogs von Schleswig, abgeschlossen und es kann ihm also die Bedeutung nicht gegeben werden, welche ihm Dänemark beilegt.

Ich danke dem Abg. Hecker, daß er diese Sache heute zur Sprache gebracht hat, und freue mich, daß heute schon die Kammer sich durch einen Beschluß darüber aussprechen kann. Ich glaube nämlich, es ist hohe Zeit, daß das Nationalgefühl sich überall und namentlich durch seine Organe, durch die Ständeversammlungen kund gebe. Es ist nämlich bekannt, daß gegenwärtig die Frage zwischen dem dänischen und den europäischen Höfen überhaupt verhandelt wird. Wie man aus ziemlich zuverlässiger Quelle weiß, hat sich zur Zeit Frankreich für diesen offenen Brief erklärt, Rußland zur Zeit dagegen. Ich will nicht behaupten, daß Rußland sich in unserem deutschen Interesse dagegen erklärt hat. England wurde um eine Erklärung darüber angegangen, hat sie aber bis jetzt abgelehnt. Von den deutschen Staaten sollen sich Preußen, Hannover, Sachsen, Baiern bereits gegen diesen offenen Brief erklärt haben. (Stimmen: Württemberg!) Von Württemberg weiß ich es nicht. — Es gibt mir die Hoffnung, daß, nachdem auch unsere Regierung durch den Regierungskommissär zugesagt hat, sich durch den Bund für das deutsche Interesse verwenden zu wollen, der deutsche Bund nicht säumen wird, dieses Interesse auf möglichst kräftige Weise zu wahren. Ich vertraue darauf, daß der Bund in dieser Frage seine Schuldigkeit thun wird, ich glaube, daß in der Brust der deutschen Fürsten auch deutsches Gefühl lebt und daß, wenn es nothwendig ist, sie mit uns zum Kampf ziehen werden. Ich bin kein Freund von Gewaltthaten und Freischärlerthum, aber erklären muß ich doch, wenn man unsere deutschen Brüder jenseits der Elbe ihrem Schicksal überlassen wollte, dann wäre es nicht mehr Gewaltthat, ihnen beizustehen, sondern Pflicht und Ehre gebieten dann jedem Deutschen, mit ihnen zu kämpfen für die Integrität unseres Vaterlandes (Stimmen: Ehr gut, bravo!). Ich glaube also, wir müssen im

Namen der Deutschen dießseits der Elbe erklären, daß wir mit Gut und Blut zu jeder Zeit bereit seien, für das gute deutsche Recht einzustehen, damit die Schmach uns nicht trifft, daß wir abermals unthätig zugehören haben, wie ein bedeutungsvoller Theil Deutschlands von dem deutschen Bunde getrennt wird.

Kindeschwender. Meine Herren, mir scheint, die Akten sind geschlossen; ich sehe keinen Feind in diesem Hause gegen den Antrag. Ich bin ohnehin kein Freund von langen Reden und ich will darum keine Rede halten, sondern einfach den Antrag unterstützen. Käme es einmal zur That, meine Herren, ich bin Einer der acht Aeltesten dieses Hauses, würde aber, wenn eine Liste aufgelegt würde, mich gleich als gemeiner Soldat einschreiben, um nicht nur in der vorliegenden Sache mit meiner Muskete zu Felde zu ziehen, sondern auch überall, wo es gilt, die Rechte des Deutschen zu wahren. Ich freue mich über die Einigkeit der Kammer in dieser Sache und über die Zustimmung der Regierung, aber noch mehr würde ich mich freuen, wenn überall diese Einigkeit herrschte, wenn überall sich die Kammer vereinigte, mit Hintanzetzung alles politischen Zwiespalts, wenn in ganz Deutschland jede Mannesbrust sich an einander reihte, um alle die Urrechte, die uns noch vorenthalten sind, gegen jeden Feind laut und kräftig zu verfechten.

Buhl. Meine Herren, es droht dem Vaterlande eine große Gefahr, man kann sagen, sie ist schon hereingebrochen, ein Stück des Vaterlandes ist schon nach der Erklärung des Königsbriefs von diesem Vaterlande gleichsam getrennt. Ein schwacher Hoffnungsschimmer in der Brust vieler, ein stärkerer Grad von Hoffnung in der Brust Anderer ist auf den deutschen Bund gerichtet, er werde in dieser Sache seine Pflicht erfüllen, die Integrität unseres deutschen Vaterlandes aufrecht zu erhalten suchen. Meine Herren, ich habe vor der Hand keine große Hoffnung, ich werde aber freudig und dankend anerkennen, wenn der Bund in nächster Zeit schon den Beweis liefern wird, daß ihm ernst ist, die Integrität Deutschlands, Dänemark gegenüber, aufrecht zu erhalten. Nicht mit einer Kriegserklärung gegen Dänemark kann er nur den Beweis liefern, sondern dann, wenn er die Maßregeln ergreift, durch welche er die Sympathie des deutschen Volks in einem höhern Grade für sich gewinnt, als er sie bis jetzt besitzt. Welche Maßregeln zu diesem Zweck zu ergreifen sind, darüber herrscht in diesem Hause keine Verschiedenheit der Ansicht; Bewirklichung der dem deutschen Volk gegebenen Versprechungen und wenn der deutsche Bund diese Schritte in der nächsten Zeit thun wird, dann bin ich überzeugt, wird er

durch die Achtung, das Vertrauen, die Sympathie, welche er dadurch in Deutschland gewinnen wird, sich auch Achtung gegenüber dem Auslande erwerben, und bald werden alle die Stimmen schweigen, welche jetzt glauben, daß es gelingen werde, Deutschland allmählig zu zerstückeln, und bald werden die Franzosen, die da träumen, der Rhein sei ihre natürliche Grenze, daran denken, die Zeit sei gekommen, wo wir Deutsche von ihnen unsere deutschen Provinzen wieder fordern könnten. Wenn der deutsche Bund die Sympathie und Achtung von Deutschland durch Verwirklichung der gegebenen Versprechen, der verbrieften Rechte in einem höhern Grade erworben haben wird, dann wird die Zeit gekommen sein, wo wir daran denken können, die Integrität Deutschlands wieder herzustellen. Ich habe keine große Hoffnung, allein es soll mich freuen, wenn ich mich in meinen Befürchtungen getäuscht sehen sollte, es soll mich freuen, wenn der deutsche Bund bei Zeiten den Beweis giebt, daß er seine Pflicht zu erfüllen weiß.

Richter. Ich theile ganz die Ansicht meines Freundes Rindeschwender, ich schließe mich ganz aber nicht nur der Ansicht des Abg. Rindeschwender, sondern auch seiner Person an und reiche ihm die Kameradenhand, wenn er mit der Muskete auf der Schulter den Feinden der Deutschen entgegenschreitet. Ja, meine Herren, wem ein deutsches Herz im deutschen Busen schlägt, wem die deutsche Nationalchre, wem die deutsche Nationalität nicht ein leeres Phantom ist, wer noch etwas von der Einheit Deutschlands für die Freiheit und die Rechte des Volkes erwartet und hofft, der wird mit freudigem Herzen den Antrag des Abg. Hecker begrüßen; er wird aber auch bei der Gerechtigkeit der Sache muthig zu den Waffen greifen, wenn der Streit auf dem gesetzlichen Wege zur vollständigen Rettung von Deutschlands Integrität nicht geschlichtet werden sollte! Dies fordert das Interesse Deutschlands, dieses fordert die Ehre eines jeden Deutschen. Ich stimme daher aus vollem Herzen für die Anträge des Motionérs.

Hecker. Meine Herren! Auf dem Schlosse zu Helsingör liegt eine Kanone, und diese Kanone führt die Umschrift: „Ultima ratio regis,“ letzter Grund des Königs. Diesen Wahlpruch auf der Kanone zu Helsingör hat man in der Nothschilder Ständeversammlung unter dem Beifall des landesherrlichen Commissärs, unter der Versicherung, daß es dem Könige angenehm sein werde, ausgesprochen; der letzte Königsgrund heißt: Gewalt! Und da man schon zum Voraus deutsche Einsprache verlacht, da man von uns nichts Anderes, als papierene Schanzen erwartet, und da unter lauter Protestationen und Rechtsverwahrungen schon so manches Große auf den deutschen Reichstagen ersticht

wurde und vermoderte, und da auch die Integrität des deutschen Staatsgebietes in leeren Protestationen vermoderte, so laßt uns kriegsbereit hintreten zu dem König von Dänemark und ihm sagen: hic ultima ratio populi germanici, das ist der letzte Grund des germanischen Volks! Es lasse der deutsche Bund den Kriegsruf ertönen gegen Dänemark, und ganz Deutschland wird dem Bunde zusprechen; ich bin überzeugt, Mancher auf diesen Sigen wird freudig hinausziehen für die deutsche Ehre, um diesen übermüthigen Dänen, die in vielhundertjährigem Kampfe der deutschen Nationalität jenen Volkstämmen den Untergang zu bereiten strebten, den verdienten Lohn zuzuweisen. Wo sind sie, die freien Horden der Dithmarschen, wo ist sie, die freiheitsstolze Fahne Friesland's? Soll noch die deutsche Sprache und der deutsche Name jener tapferen Stämme ausgetilgt und in den Staub getreten werden? Jene freien Friesen und Dithmarschen, die der Uebermacht nicht wichen und deren 6000 streitbare Männer nur durch sechsfache Uebermacht erdrückt werden konnten, als 3000 todt auf der Wahlstatt lagen und der Rest aus schweren Wunden blutete. Es handelt sich um eine doppelte Frage, um die Frage der Succession und der Union, um die Frage der Untheilbarkeit der Lande und die Frage ihrer Selbstherrlichkeit. Diese ist unsere nationale Frage. Ich habe die andere Frage in meiner Motion, so weit im freien Vortrage geeignet, pragmatisch vorführen müssen und war vielleicht für Manchen die Aneinanderreihung historischer Momente ermüdend, bei dem das Nationalgefühl überwog, so mußten wir's dem Dänen sagen, daß wir auf dem Boden der Geschichte stehen und des Rechts und nicht bloße Nationaldeclamationen gebrauchen und Bedeutung klarer Briefe, wie sie, daß wir mit Urkunden kommen und sagen, das ist unser gutes verbrieftes deutsches Recht; und wie vermag dagegen der König von Dänemark mit seinem Briefe zu kommen und seinen absoluten Willen und die lex regia an die Stelle des beschworenen Rechts setzen? Wem danken seine Ahnen, wem er die Erhaltung des Thrones von Dänemark, wer hat Dänemark groß gemacht? das deutsche Volk der Herzogthümer von Schleswig und Holstein, dessen Recht man mit Füßen tritt. Meine Herren, sollten wir nichts Weiteres haben als Protestationen? Hat der nordische deutsche Soldat nicht mitgekämpft in den Kriegen gegen den französischen Coloss, und hätten wir für ihn und gegen Dänemark nur papierne Waffen? Ist die Wiener Congreßacte da, um deutsche Rechte verloren zu geben? Hat man darum Rechts- und Freiheitsbriefe in diesem Grundvertrag versichert, damit man jetzt Lauenburg als dänische Provinz verschlinge? Haben wir nichts für ihre Beschwerden, als

bloße Worte? Darum sage ich, können die deutschen Regierungen nicht, wollen sie nicht, fehlt es ihnen an Geldmitteln, nun so sollen sie die Freiwilligen gewähren lassen, so wollen wir an den Schild schlagen, und wahrhaftig, ich sage Ihnen, ehe vier Wochen vergehen, stehen 40,000 Mann unter den Waffen, und in die Waage der dänischen Gründe werfen wir das deutsche Schwert hinein und rufen: *ultima ratio populi germanici!* Und wenn man uns sagen und wenn man uns täuschen will, es sei in Beziehung auf Holstein in dem Königbrief eine Beschränkung gemacht, so sage ich, hier haben sie die platte Pflichtigkeit: dem russischen Czaren, der in dem russischen Staatshandbuch — ich habe es selbst gelesen — als regierender Herzog von Holstein steht, muß Dänemark noch ein Samthändchen machen, aber mit Deutschland kurzer Hand, kurzen Prozeß. Und wenn nun Dänemark vollends mit den Agnaten des Oldenburgischen Hauses ein Abkommen trafe, damit der *lex regia* nichts mehr im Wege stände? Soll dann das Recht jener Herzogthümer, soll dann das Recht deutscher Nation endgültig verhandelt sein? Soll deutsches Recht im Wege Familienabkommens vergeben und verloren werden können? Nein, nimmermehr, nimmermehr; und eher sollen deutsche Condottieri ausziehen und das deutsche Volk deutsches Markgrafenamt üben. Wenn ich aber erleben muß, meine Herren, daß man der Veröffentlichung von Petitionen, die aus bewegten deutschen Herzen kommen, mit Censurstrichen entgegentritt, dann, sage ich, muß doch wahrhaft Gefühl für deutsche Ehre seltsame Münze geworden sein, und Schamröthe muß jedem Manne von Vaterlandsliebe, Herz und Ehre in das Gesicht steigen, daß solche Petitionen, die in dieses Haus gekommen sind, von A bis Z gestrichen werden, daß man das Schweigen des Todes, das eine despotische Gewalt über die Herzogthümer verhängen will, auch dem badischen Lande auflegen will. O, lassen Sie die Censur gewähren, lassen Sie dieselbe Vaterlandsliebe und Vaterland streichen, sie wird einst der Nation darüber Rede stehen! Die Herren auf der Regierungsbank zweifeln, — hier halte ich die Censurstriche in der Hand; es ist Wahrheit, bittere Wahrheit. Es ist schon mit Recht bemerkt worden, die panslavische Agitation Russlands ist es, die den Tschechen, den Croaten, den Slaven aller Länder aufstachelt, daß er drein schlagen und unterjochen möchte Alles, Alles was deutsch heißt, und Dänemark pocht auf den Slaven hinter ihm, darum seine Kühnheit. Oesterreich ist so sehr interessiert, als Preußen, daß diesem gewaltthätigen Colosse, seine offenen und versteckten Treiben, wie immer es sich zeige, mit Macht und Entschiedenheit entgegengetreten werde.

Mag das Wort des Czaren ächt oder unächt sein: „Wenn ich mich auf die Treue meiner Polen verlassen könnte, würde ich eine große Nation aus ihnen machen,“ angeschlagen hat die Rede in der Slavenbrust der österreichischen und der preussischen Lande. Der Slave wiegt sich im Traume der Weltherrschaft und er muß beginnen mit directer oder indirecter Begünstigung der Losreißung einzelner Theile vom deutschen Körper. Besser werden seine Schiffe überwintern in den Häfen von Schleswig-Holstein, als den größten Theil des Jahres eingefroren liegen und verderben. Hinter dem dänischen Königbrief, bewußt oder unbewußt, steckt der Panславismus, und gibt man die deutschen Herzogthümer Preis, dann hat der Panславismus seine größte Schlacht im Frieden gewonnen, und England wird zu spät erkennen, daß sich eine solch' schamlose Rechtsverhöhnung, wie sie die Times der deutschen Nation in's Gesicht werfen, an ihm selbst am meisten rächt. Es geht bei Gott über alle Begriffe, daß man in einem halb-offiziellen Organ den deutschen Regierungen will zumuthen, den Journalen zu verbieten, über diese Angelegenheit zu sprechen, und warum? Vielleicht aus Krämer-Interesse, um etwa durch ein Liebäugeln mit Dänemark vor uns Zoll- und Handelsconcessionen zu erhandeln. Beweisen Sie, gegenüber einer solchen Krämerpolitik, daß Deutschland Mannes genug ist, seine Grenzen zu hüten! Aber endlich, meine Herren, ist denn das Bundesrecht, ist der Herzogthümer Recht, ist unseres ganzen großen Volkes Recht denn lediglich dänische Königswaare, mit der man beliebig Trafik treiben kann? Sind jene Lande so rechtlos, daß man seine Rechte und Freiheiten, die der Bund ihm garantirt hat, mit einem einfachen Wort aus dem königlichen Staatsrath zu Boden schlägt? Wurde ihr Lauenburg, Land und Leute, überlassen um über Männer und ihr Recht ärger zu verfügen, als der deutsche Freie über seinen hörigen Mann oder der Römer über seinen Slaven verfügte? Es hat Dänemark, wie es seit 1000 Jahren die Vernichtung des germanischen Elements stets im Auge hatte, planmäßig sein Ziel verfolgt, es hat in seiner Finanzverwaltung angefangen, ging über zu dem dänischen Heercommando, und nachdem es die Zollgrenze niedergerissen, blieb nichts mehr übrig, als der Ausspruch: Die Succession erfolgt nach der *lex regia*. Vergeblich wird man die Herzogthümer aber damit zu beruhigen trachten, daß man ihnen eine Art Reichsstände in Aussicht stellt, die bei dem Uebergewicht des dänischen Elements über die Postulantenstände kaum erhaben sein werden; vergeblich wird man hoffen, für Nationalität und heiliges Recht, für die Existenz in der Reihe deutscher Völker die dänische

Pandfandschaft als Kaufpreis anzubieten. Die Herzogthümer kennen die Danaer, die nicht ihnen Geschenke brachten, sondern die sie mit dem Marke der Herzogthümer aufrecht erhalten müssen. Die Rechte, die der Bund garantirte, alle die Verträge, die ich angeführt habe, müssen aufrecht erhalten werden, oder es gibt keine Treue mehr und kein Recht, keine Volkstreue mehr, wo keine Fürsrentreue mehr ist. Der Bund kann nicht thatlos sein, wie einst der deutsche Reichstag, er kann nicht zusehen, wie Reunionskammern niedergesetzt werden, um Deutschland zu zerstückeln. O, die Dänen werden suchen in weisläufigen diplomatischen Verhandlungen hinzuhalten. Sie werden in spitzfindigen Streitschriften und trügerischen Rechtsdeductionen hoffen das deutsche klare Recht zu verwickeln und zu verschleppen, zu ermüden und zu langweilen, einzuschläfern und in diplomatischen Unterhandlungen zu triumphiren über den Raub am deutschen Vaterlande. Wozu der Unterhandlungen und endlosen Conferenzen, wozu verhandeln über Vaterland oder Nichtvaterland, Nationalwürde und Nationallehre? Ruft aus ultima ratio germanici und zerhaut mit dem Schwerte die Jurisprudenz dänischer Hofpublizisten. Das deutsche Schwert, die Gewalt der Waffen, das ist der beste Grund der Entscheidung. Deutschland hat schon um weniger gefochten; vereint das deutsche Banner mit dem der freien Friesen und seiner Umschrift: „Eher todt als Slave. Rettet die deutsche Erde gegen die Dänen!“

Der Präsident schließt nun die Diskussion und fragt sodann die Kammer, ob sie zustimme, in einer Adresse, die in ihrer Redaction dann zur weitem Zustimmung vorgelegt werden soll, Seine Königliche Hoheit den Großherzog zu bitten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Integrität der deutschen Lande Schleswig-Holstein und Lauenburg dem deutschen Vaterlande unverkümmert erhalten werden.

Diese Frage wird einstimmig bejaht.

v. I s t e i n. Hoch unser deutsches Vaterland!

Präsident. Ich bitte Sie, meine Herren, mir, dem es nicht vergönnt war, an Ihrer Diskussion Theil zu nehmen, der aber ihre Gefühle, Ihre Wünsche für die heilige Sache des Vaterlandes theilt, zu gestatten, meine Stimme der Ihrigen beizuzählen.

Damit wird die Sitzung geschlossen.

Karlsruhe, 28. August. In der heutigen (64.) Sitzung wurde die Berathung des von dem Abg. Welte erstatteten Berichtes über die Concessions-Ertheilung zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Offenburg nach Konstanz berathen. Die Diskussion war in der 57. Sitzung vom 17. August (s. Nr. 184, S. 734) begonnen und in der 58. Sitzung fortgesetzt worden; sie wurde aber bis nach Erledigung der in geheimer Sitzung vorgelegten Concession an die schweizerische Nordbahngesellschaft für den Bau und Betrieb der Strecke von Waldshut nach Basel verschoben.

Heute wurde das Gesetz einstimmig angenommen, mit einem von dem Abg. B a s s e r m a n n vorgeschlagenen Zusatz zu Art. 1, welcher dahin geht: „Die Regierung wird ermächtigt, die Staatskasse, so weit nöthig, und bis zu einem Sechstel des Baukapitals bei dem Unternehmen zu theiligen, auch auf die Zinsen zu verzichten, bis der Ertrag den übrigen Theilhabern eine Zinsrente von vier Procent gewährt.“

Auf den Antrag des Abg. K e t t i g wurde weiter beigefügt, daß nach den Bestimmungen des Gesetzes auch die Concession für eine Zweigbahn zum Anschluß an die württembergischen und bayerischen Bodenseebahnen bei Friedrichshafen und Lindau ertheilt werden dürfe.

Ein weiterer Antrag des Abg. B a s s e r m a n n lautete: „Sollte bis Ende März 1847 die Begebung der Bahn nach Maßgabe des Art. 7 nicht erfolgt sein, so wird das Ministerium des Innern die Bahnlinie von Offenburg bis Hornberg und von Konstanz bis Singen bestimmen, die Expropriationen vornehmen, die Entschädigungen anweisen und den Bahndamm herstellen lassen.“

Dieser Antrag wurde mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt, weil mehre Mitglieder befürchteten, es könnte dadurch die Bildung einer Gesellschaft verzögert werden.

Eine von dem Abg. H e l b i n g vorgeschlagene Adresse zur Beförderung des Baues einer Bahn an den Bodensee, auch durch das obere Rheinthal, welche angenommen, so wie mehrere andere Anträge, welche abgelehnt wurden, werden wir mit den Verhandlungen ausführlich nachliefern.